Aktivismus und Geschichtswissenschaft. Eine Einleitung*

von Sven Reichardt

Activism and Historiography. An Introduction
The introduction to this special issue highlights that the current politicization of questions and approaches in postcolonial, queer-feminist, or environmental historical research, as well as the debate surrounding the so-called presentism, fundamentally address a core issue of modern historiography—the well-known limitations of value-neutral historical work. However, the academic activism of today is characterized by four distinct conditions: first, the political urgency of the polycrisis; second, the development of an activist scholarship-approach within the academic field; third, the transformation of the public sphere though digitalisation; and fourth, the embedding of these dynamics within debates along identity politics. This introduction examines the scope and relevance of these developments for the work of historians.

Als James H. Sweet, der Präsident der American Historical Association (AHA), im August 2022 seine monatliche *Perspectives*-Kolumne unter das Motto „Identity Politics and Teleologies of the Present" stellte, war ihm zwar der provozierende Charakter seiner Ausführungen bewusst, das Ausmaß der Gegenreaktion und die Schärfe der nachfolgenden Debatte war jedoch nicht abzusehen. Sweet hatte sich über den übermäßigen „Präsentismus" von politisch engagierten Historiker:innen beklagt, die die Vergangenheit mit einem „prism of contemporary social justice issues – race, gender, sexuality, nationalism, capitalism" lesen würden. Geschichtsschreibung sei keineswegs „a heuristic tool for an articulation of an ideal imagined future": „If history is only those stories from the past that confirm current political positions, all manner of political hacks can claim historical expertise". Ein Sturm der Entrüstung brach sich zunächst auf Twitter Bahn, sodass sich Sweet schon zwei Tage nach dem Erscheinen seines Textes entschuldigte: „I apologize for the damage I have caused to my fellow historians, the discipline, and the AHA", schrieb er kleinlaut, und weiter: „I have alienated some of my Black colleagues".[1]

* Ich danke den Teilnehmer:innen des gemeinsamen Lehrstuhlkolloquiums – zusammen mit Jan Eckel, Stefanie Middendorf und Dietmar Süß – zum Thema „Zeitgeschichte der Gegenwart" für die lebendige Diskussion des Textes, ebenso wie den Teilnehmenden des zeitgeschichtlichen Doktorand:innenkolloquiums der Universität Konstanz und den anonymen Gutachter:innen von „Geschichte und Gesellschaft" für ihre Anregungen.

1 James H. Sweet, Is History History? Identity Politics and Teleologies of the Present, in: Perspectives on History, 17. 8. 2022. Zur Kritik an Sweets Entschuldigung siehe Jeffrey

Geschichte und Gesellschaft 50. 2024, S. 8 – 32
© 2024 [2025] Vandenhoeck & Ruprecht, ISSN (Printausgabe): 0340-613X, ISSN (online): 2196-9000

Konstanzer Online-Publikations-System (KOPS)
URL: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-2-ax512c0endno9

Was war geschehen? Sweet, ausgewiesener Experte für die Geschichte der afrikanischen Diaspora und den südatlantischen Raum der Vormoderne, hatte Beispiele aus seinem Forschungsgebiet herangezogen, um seine Überlegungen zur Überpolitisierung des Faches zu belegen. Die Stoßrichtung seiner Argumentation richtete er gegen die *Black Studies*. Geschichte werde hier, so Sweet, für gegenwärtige politische Positionen in Anschlag gebracht, wenn der Gründungsmythos der amerikanischen Nation von der Unabhängigkeitserklärung am 4. Juli 1776 auf den Juli 1619 vorverlagert werde, jenen Zeitpunkt also, als die ersten afrikanischen Sklaven in Virginia anlandeten. Er bezog sich dabei auf das einflussreiche *1619 Project* der *New York Times*, welches die Sklaverei als Ursprungserzählung der USA ins Spiel brachte und zur Folge hatte, dass einige US-Schulbücher umgeschrieben wurden. Sweet beklagte, dass dieses Projekt zur Geschichte der USA zwar die Sicht der Versklavten und Diskriminierten einbringe, aber dass dies die Geschichte der USA nicht komplexer mache, sondern lediglich eine andere, gleichermaßen einseitige Helden- und Schurkengeschichte an die Stelle der alten Geschichte setze. Auch das im September 2002 angelaufene fiktive Historiendrama „The Woman King", welches in dem ehemaligen Königreich Dahomey in Westafrika spielt, blende einfach aus, dass es einen innerafrikanischen Sklavenhandel gegeben habe. Auch in der ehemaligen Sklavenburg Elmina Castle an der Küste Ghanas werde der afrikanische Anteil am Sklavenhandel durch die örtlichen Touristenführer heruntergespielt. Bei einem eigenen Besuch der Gedenkstätte habe er zudem erfahren, dass die US-amerikanischen Touristen in dem Glauben gelassen werden, hier ihre Wurzeln aufspüren zu können, obwohl tatsächlich nur ein Prozent der von hier aus verschifften Sklaven nach Nordamerika, die meisten jedoch in die Karibik und nach Brasilien gebracht worden waren. Elmina passe seine Geschichte kurzerhand den Bedürfnissen seiner Touristen an. Geschichte werde zur „grab bag to articulate political positions".[2]

Von seinen Kritikern wurde Sweet, weißer Professor mit Anstellung auf Lebenszeit an der University of Wisconsin/Madison, Rassismus unterstellt. Er stelle sich in die Argumentationslinie rechtspopulistischer Politiker:[3] Von „white gaze" war die Rede, der Essay enthalte „significant and substantial violence". Sweets Beispiele aus der Erinnerungs- und Populärkultur passten zudem nicht zu seiner Grundsatzkritik am Fach. Denn in der Forschung ist der Anteil afrikanischer Herrscher am Sklavenhandel längst aufgearbeitet, wäh-

Herf, Never Apologize for Trying to Tell the Truth, in: Quillette, 13. 9. 2022, https://quillette.com/2022/09/13/never-apologize-for-trying-to-tell-the-truth/.

2 Für eine neue und differenzierte Sicht auf die Erinnerung an den transatlantischen Sklavenhandel siehe: Saidiya Hartman, Lose Your Mother. A Journey Along the Atlantic Slave Route, New York 2007. Für Elmina Castle und den Sklavenhandel in Ghana siehe Akosua Adoma Perbi, A History of Indigenous Slavery in Ghana. From the 15th to the 19th Century, Accra 2022. Dieses Buch wird auch in der Gedenkstätte Elmina Castle verkauft.

3 Siehe dazu Anna Sauerbrey, Es war doch nicht alles schlecht…an der Sklaverei, findet Floridas Gouverneur Ron DeSantis und möchte ihre Geschichte umschreiben, in: Die Zeit, 3. 8. 2023, S. 6.

rend noch viel zu wenig über die Traumata in den Dörfern und Regionen bekannt ist, aus denen die Sklaven stammten. Im September 2022 stand Sweet unter erheblichem Druck und berichtete: „There are people who are calling for me to resign."[4] Keisha Blain, auf *Black Studies* spezialisierte *public historian*, antwortet Sweet im *New Republic:* „Black historians […] have never had the luxury of writing about the past as though it were divorced from present concerns […] We are fighting for our lives […] It is a matter of life and death".[5] Über viele Jahrzehnte, so fuhr sie fort, hatten Schwarze ihre Sichtweisen einer weißen Epistemologie anpassen müssen, um sich nicht dem Vorwurf der Subjektivität beziehungsweise fehlender Objektivität auszusetzen. Weißsein war die Norm, der epistemische Standpunkt, gegen den in den 1960er Jahren die Bürgerrechtsbewegung eine neue Epistemologie einfordern musste.

I. Eine Grundsatzdebatte

Der Umstand, dass sich Historiker:innen als Propheten aus der Vergangenheit im politischen Tagesgeschäft zu Wort melden, ist keineswegs neu. Die aktuelle Debatte um Aktivismus und Wissenschaft erinnert an die uralte Kritik an dem in seinem Elfenbeinturm abgeschiedenen und hochspezialisierten Wissenschaftler, der sich nicht um die gesellschaftlichen Folgen seiner Tätigkeit kümmert. Der Abschied aus diesem Elfenbeinturm und die Reformbedürftigkeit der Universitäten wurde vielfach beschrieben und mindestens seit den 1960er Jahren zu einem Dauerthema. Im Zuge der 1960er Jahre und mit der Durchsetzung der postindustriellen Wissensgesellschaft wurde die aus dem 19. Jahrhundert bekannte Figur des „Experten" immer weiter verbreitet – Expertenrunden, wissenschaftliche Beiräte, Kommissionen und Think-Tanks suchten institutionell (und nicht nur informell und persönlich) Einfluss auf politische Entscheidungen zu gewinnen. Ob als Volkspädagogen in den Medien, als Experten hinter den verschlossenen Türen des politischen Arkanbereichs oder als Berater in der Wirtschaft – auch für Historiker:innen standen diese Kanäle stets offen, ebenso wie die Position des Gegenexperten und der Gegenexpertin auf Seiten der Neuen Sozialen Bewegungen, die für die gesellschaftliche Anerkennung wissenschaftlicher Erkenntnisse kämpften.[6]

4 David Frum, The New History Wars, in: The Atlantic, 30. 10. 2022.

5 Keisha N. Blain, Black Historians Know There's No Such Thing as Objective History, in: New Republic, 9. 9.2022; https://newrepublic.com/article/167680/presentism-history-debate-black-scholarship.

6 Zur Wissensgesellschaft siehe Nico Stehr, Arbeit, Eigentum und Wissen. Zur Theorie von Wissensgesellschaften, Frankfurt a. M. 1994; Jakob Vogel, Von der Wissenschaftszur Wissensgeschichte. Für eine Historisierung der „Wissensgesellschaft", in: GG 30. 2004, S. 639–660; Uwe H. Bittlingmayer, Wissensgesellschaft als Wille und Vorstellung, Konstanz 2005; Michael Gemperle u. Peter Steckeisen (Hg.), Ein neues Zeitalter des

Die politischen Dimensionen der Historiografie sind jedoch deutlich älter und reichen bis in die antike Geschichtsschreibung zurück. Und auch mit der Entstehung der modernen Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert, die eben nicht mehr nur zur politischen Herrschaftslegitimation beitragen wollte, waren diese Implikationen keineswegs verschwunden. Auch wenn der Historismus das Geschichtsstudium von der Gegenwartsorientierung ein Stück weit wegrückte, waren es doch die Altvorderen dieser Zeit wie Heinrich von Treitschke, Johann Gustav Droysen oder Heinrich von Sybel, die sich munter in die politischen Kontroversen ihrer Zeit einmischten.[7] Friedrich Nietzsches berühmte Intervention „Vom Nutzen und Nachtheil der Historie für das Leben" aus dem Jahr 1874 nahm darauf ganz grundsätzlich Bezug. Er unterschied dabei bekanntlich zwischen monumentaler, antiquarischer und kritischer Geschichtsschreibung und verdeutlichte, dass jede Form der Geschichtsschreibung politisch ist.[8]

Herkömmliche Geschichtsschreibung diente als Legitimationswissenschaft der Herrschenden. Und die Geschichtswissenschaft streifte diese Vorprägung auch in der Moderne nicht ab. Nationale Identität, Affirmation von Herrschaft, Staatsbejahung und Nationalismus waren auch noch im 19. und frühen 20. Jahrhundert prägend – die autoritären Universitätsstrukturen eines konservativen Ordinarienkartells machten die Geschichtswissenschaft zu einer Domäne nationalgesinnter Männer.[9] Fühlung mit den „großen Mächten des

Wissens? Kritische Beiträge zur Diskussion über die Wissensgesellschaft, Zürich 2006; Stefan Böschen, Wissensgesellschaft, in: Marianne Sommer u. a. (Hg.), Handbuch Wissenschaftsgeschichte, Stuttgart 2017, S. 324–332. Zur Geschichte des Experten siehe u. a.: Stefan Fisch u. Wilfried Rudloff (Hg.), Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, Berlin 2004; Michael Hascher, Politikberatung durch Experten. Das Beispiel der deutschen Verkehrspolitik im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2006; Caspar Hirschi, Skandalexperten, Expertenskandale. Zur Geschichte eines Gegenwartsproblems, Berlin 2018; Sebastian Büttner u. Thomas Laux (Hg.), Umstrittene Expertise. Zur Wissensproblematik der Politik, Baden-Baden 2021; Gil Eyal, Krise der Expertise, Zürich 2021.

7 Wolfgang J. Mommsen, Objektivität und Parteilichkeit im historiographischen Werk Sybels und Treitschkes, in: Reinhart Koselleck u. a. (Hg.), Objektivität und Parteilichkeit in der Geschichtswissenschaft, München 1977, S. 134–158; Thomas Gerhards, Heinrich von Treitschke. Wirkung und Wahrnehmung eines Historikers im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn 2013.

8 Friedrich Nietzsche, Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben [1874], Stuttgart 2009, S. 5–35. Vgl. Christoph Schurina, Critical History and Genealogy, in: Anthony K. Jensen u. Carlotta Santini (Hg.), Nietzsche on Memory and History. The Re-Encountered Shadow. Berlin 2021, S. 17–36.

9 Vgl. u. a. Bernd Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980; Fritz K. Ringer, Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890–1933, Stuttgart 1983; Otto Gerhard Oexle, Geschichtswissenschaft im Zeichen des Historismus. Studien zu Problemgeschichten der Moderne, Göttingen 1996; Georg G. Iggers, Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart, Köln 1997[3]; Gabriele Lingelbach, Klio macht Karriere. Die Institutionalisierung der Geschichtswissenschaft in Frankreich und in den USA in

Staats- und Kulturlebens" riet Friedrich Meinecke einige Jahre vor dem Ersten Weltkrieg den deutschen Historikern an; sie sollten „zu ihrem eigensten Wesen und Zwecke mutiger baden in Philosophie wie in Politik".[10] Die Verbindungen von politischer Intervention und Geschichtsbetrachtung nahmen auch nach der Mitwirkung der Historiker in den faschistischen und kommunistischen Diktaturen nicht ab, in denen Historiker territoriale Revisionen und Invasionen gerechtfertigt, Genozide intellektuell begleitet oder die Verfolgung von Minderheiten als berechtigt hingestellt hatten.[11] Viele der einflussreichsten Historiker:innen des späten 20. Jahrhunderts, von Marc Bloch über E. P. Thompson, Walter Rodney, Eric Eustace Williams oder Margaret McMillan, haben sich immer wieder mit politischen Interventionen eingebracht. Seien es nun westliche Marxisten wie Eric Hobsbawm, Vertreter der indischen *subaltern studies* wie Ranajit Guha, linke Geschichtsphilosophen wie Michel Foucault oder die Vertreter der Sozialgeschichte – vermutlich hätten sie sich alle auf das folgende Zitat des Mediävisten Jacques Le Goff einigen können: „The interest of the past is that it illuminates the present".[12]

der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Göttingen 2002; Karsten Krieger (Bearb.), Der „Berliner Antisemitismusstreit" 1879–1881. Eine Kontroverse um die Zugehörigkeit der deutschen Juden zur Nation. Kommentierte Quellenedition, 2 Bände, München 2003; Nicolas Berg (Hg.), Der Berliner Antisemitismusstreit. Eine Textsammlung von Walter Boehlich, Berlin 2023.

10 Friedrich Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat [1911], Darmstadt 1969, S. 1–2.

11 Vgl. u. a. Karen Schönwälder, Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft und Nationalsozialismus. Frankfurt a. M. 1992; Peter Schöttler (Hg.), Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945, Frankfurt a. M. 1997; Winfried Schulze u. Otto Gerhard Oexle (Hg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1999; Rüdiger Hohls u. Konrad H. Jarausch (Hg.), Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Stuttgart 2000. Zur Kontroverse der Volksgeschichte im Nationalsozialismus und seiner Nachwirkungen in der bundesdeutschen Sozialgeschichte ist die Literatur nach dem Historikertag 1998 stark angewachsen. Wichtige Einzelwerke der letzten 20 Jahre sind Christoph Cornelißen, Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2001; Thomas Etzemüller, Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001; Jan Eckel, Hans Rothfels, Eine intellektuelle Biographie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2005; Jan Eike Dunkhase, Werner Conze. Ein deutscher Historiker im 20. Jahrhundert, Göttingen 2010; Christoph Nonn, Theodor Schieder. Ein bürgerlicher Historiker im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2013; Matthias Berg, Karl Alexander von Müller. Historiker für den Nationalsozialismus, Göttingen 2014; Barbara Schneider, Erich Maschke. Im Beziehungsgeflecht von Politik und Geschichtswissenschaft, Göttingen 2016; Arvid von Bassi, Karl Dietrich Erdmann. Historiker, Wissenschaftsorganisator, Politiker, Berlin 2022. Zu den Historiker:innen in der DDR: Ralph Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Göttingen 1999; Fritz Klein, Drinnen und draussen. Ein Historiker in der DDR. Erinnerungen, Frankfurt a. M. 2000; Martin Sabrow, Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969, München 2001.

12 Jacques Le Goff, History and Memory, New York 1993, S. xx; zitiert nach David Motadel, The Political Role of the Historian, in: Contemporary European History 32. 2023, S. 38–45.

Bis in unsere Tage begleitet die politische Stellungnahme die Arbeit von Historiker:innen, etwa als der Verband der Historikerinnen und Historiker in Deutschland im Jahr 2018 unter dem Eindruck des erstarkenden Rechtspopulismus eine Resolution „zu gegenwärtigen Gefährdungen der Demokratie" verabschiedete.[13] Damals fürchteten vor allem konservative Historiker die Selbstpreisgabe der Forschung im Namen des politischen Engagements.[14] Man besitze für solcherart Interventionen kein politisches Mandat und formuliere einen Geltungsanspruch, der einem Fachverband nicht zukomme. Auf solche Art verleihe man „einer politischen Position symbolisches Gewicht […]: Öffentliches Vertrauen in Wissenschaft wird instrumentalisiert".[15] Immer wieder hatte es solch warnende Stimmen gegeben. Am bekanntesten ist vermutlich die Intervention von Max Weber, der die Wissenschaftler im Jahr 1919 davor warnte, als „Propheten oder Demagogen" auf das Katheder zu steigen: Es gelte vielmehr eine andere Maxime anzustreben, nämlich die der „Werturteilsfreiheit". Webers Plädoyer für Pflicht, Klarheit, Verantwortungsgefühl und intellektuelle Rechtschaffenheit kann auch heute noch als Maxime der Historiker:innen gelten.[16]

Aber die Frage des „Politischen" wird damit nicht prinzipiell wissenschaftsavers.[17] Es bleibt eine graduelle Frage: Wann und in welchen Zusammenhängen sind politische Positionierungen im Namen der Wissenschaft möglich?

13 Resolution des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands zu gegenwärtigen Gefährdungen der Demokratie (27.9.2018); https://www.uni-goettingen.de/de/document/download/0774e88eb72e4c1a18aaf88adca187e0.pdf/Resolution%20Historikertag%202018.pdf.

14 Patrick Bahners, Die Lehrer Deutschlands. Auf ihrem Treffen in Münster verabschieden die deutschen Historiker mit großer Mehrheit eine Resolution zur Lage des Landes. Unter Berufung auf ihre Fachkompetenz stellen sie sich der AfD in den Weg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.9.2018; Ralf Behrwald, Der Historikerverband wendet sich von Max Weber ab, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.10.2018. Vgl. zur medialen Reaktion auf den Aufruf die folgende Sammlung: Sophie Genske, Materialsammlung. Reaktionen in Presse und Rundfunk auf die Resolution des VHD 2018, in: Zeitgeschichte-online, Oktober 2018, https://zeitgeschichte-online.de/editorial/materialsammlung.

15 Peter Strohschneider, Wahrheiten und Mehrheiten. Kritik des autoritären Szientismus, München 2024, S. 38–39 (Strohschneiders Kritik bezieht sich allerdings auf einen anderen offenen Brief, nämlich der „Scientist for Future" vom 6.9.2023). Allerdings könnte man seine Kritik auch auf die besagte öffentliche Stellungnahme des Verbandes der deutschen Historikerinnen und Historiker beziehen, die eine politische Aussage mit dem „Geltungsvorrang" von wissenschaftlicher Expertise ausstattet (ebd., S. 48).

16 Max Weber, Wissenschaft als Beruf [1919], in: ders., Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen[7] 1988, S. 582–613, hier v. a. S. 602 (Zitat) und S. 608–613.

17 Systemtheoretisch argumentiert etwa die kluge Schrift des Wissenschaftsmanagers und Literaturwissenschaftlers Peter Strohschneider, denn für ihn ist der Modus des Politischen die Mehrheitsgewinnung und der der Wissenschaft die Wahrheit. Transportiere man einen wissenschaftlichen Wahrheitsanspruch in die Politik, so verkenne man, dass wissenschaftliche Wahrheitsansprüche hier ihre Gültigkeit verlieren (Strohschneider, Wahrheiten und Mehrheiten, bes. S. 43–60).

Und ab wann verletzten sie wissenschaftliche Standards? Und umgekehrt: Haben nicht gerade soziale Bewegungen zur Innovation geschichtswissenschaftlicher Fragestellungen beigetragen – etwa im Bereich der Geschlechterforschung, der Friedens- oder der Umweltgeschichte? Auch das Thema der Kolonialgeschichte und ihrer Verbrechen wurde nicht zuletzt durch das Engagement von Aktivisten auf die Tagesordnung der historischen Forschung gesetzt.

Vor allem in den USA werden Forderungen nach einem dezidierten *activist scholarship* lauter. Wissenschaftler, so heißt es dort, hätten dem US-Imperialismus, dem Rassismus, der Benachteiligung von Frauen oder der Diskriminierung von Minderheiten ebenso entgegenzuarbeiten wie wirtschaftlicher Ungleichheit oder kapitalistischer Globalisierung. Anstatt diese Aussagen im Feld des Politischen zu belassen, werden sie mit dem „Geltungsvorrang" wissenschaftlichen Wissens verbunden, welches konkurrierenden Wissensformen gegenüber als überlegen gilt. Wie aber gelingt die Transformation von Bewegungswissen in wissenschaftliche Fragestellungen?

Interessanter als systemtheoretisch Gegensätze zwischen wissenschaftlichem und bewegungsaffinem Wissen zu verfestigten,[18] geht es in diesem Heft um *fließende Übergänge* und um *Transformationen* zwischen Geschichtswissenschaft und Aktivismus.[19] Hierbei ist immer ein Spannungsverhältnis eingelagert. Aktivismus und Bewegungswissen basieren auf politischen Gegnerschaften und Dramatisierungen, auf emotionaler Bindung, auf politischer Plausibilisierung und Gewissheitsperformanz, während sich wissenschaftliches Wissen an kritisch-rationalem Austausch, an Kommunikation und Zweifel, an Differenzierung und Komplexität der Argumente, an partikularen und selektiven Forschungsgegenständen, an zeitlich gebundenen und revisionsoffenen Geltungsräumen sowie an methodisch gebundener Evidenzialisierung ausrichtet.[20] Wissenschaft kann Politik beraten und informieren, ersetzen kann sie sie nicht.

18 Peter Strohschneider spitzt dies zu, indem er systemtheoretisch strikt das Wahr- oder Falsch-Schema der Wissenschaften von dem Gut-oder-Böse beziehungsweise Verboten-oder-Erlaubt Denkschema der Politik trennt (Strohschneider, Wahrheiten oder Mehrheiten).

19 Vgl. Sven Reichardt, Wissenspraktiken sozialer Bewegungen. Strategien ihrer Plausibilisierung am Beispiel der neuen Frauen- und Umweltbewegungen, in: Thomas G. Kirsch u. Christina Wald (Hg.), Vorläufige Gewissheiten. Plausibilität als soziokulturelle Praxis, Bielefeld 2024, S. 197–222.

20 Strohschneider, Wahrheiten und Mehrheiten, S. 52–60 u. S. 74–75.

II. Präsentismus

Der oben geschilderte Grundsatzstreit brach sich in den USA im Herbst 2022 also wieder einmal Bahn. Zunächst ohne wirkliche Fortschritte, wenn etwa der Historiker David Bell darauf verwies, dass alle Historiker:innen aus der Gegenwart heraus schreiben und nicht von diesen Einflüssen getrennt werden können. Präsentismus sei insofern unvermeidbar. Dies erinnert an Chladenius' Formulierung vom „Sehepunkt", der schon 1742 wusste, dass die Gegenwart die perspektivische Urteilsbildung jedes Historikers beeinflusse.[21] Die Geschlechterhistorikerin Joan W. Scott machte deutlich, dass die Trennlinie zwischen einer politisch engagierten und kritischen Geschichtswissenschaft einerseits und einer dogmatischen Interpretation der Vergangenheit andererseits keineswegs einfach zu ziehen sei. Rechtsradikale wie auch linksidentitäre Puristen nähmen die Geschichte nur allzu leicht für ihre politischen Standpunkte in Gefangenschaft. Was überhaupt die Kategorie der „Gegenwart" analytisch zu leisten vermag, sei keineswegs geklärt.[22]
Historiker:innen legten in dieser Debatte immer wieder auf die methodischen Grundsätze der wissenschaftlichen Akkuratesse großen Wert. Die eine Seite betont die strikte Quellenbindung historischer Argumentationen, die sie mit der Beurteilung vergangener Akteure vor dem Hintergrund ihres jeweiligen Zeithorizontes verknüpft. Man dürfe die Vergangenheit nicht nach heutigen Maßstäben beurteilen. Die Vergangenheit habe ihr eigenes Recht. Es ist vielmehr die Verfremdung und Hinterfragung gegenwärtiger Selbstverständlichkeiten, die für diese Historiker:innen die entscheidende politische Maxime darstellt. Auf der anderen Seite wird gegen einen allzu antiquarischen Historismus die Fruchtbarmachung vergangener Erfahrungen für gegenwärtige Problemlagen in Anschlag gebracht. Die Vorgeschichte der Gegenwart ist von besonderem Interesse, insbesondere die Genese der Grundstrukturen unserer Zeit. Auch sind Werte unserer Gegenwart keineswegs nur präsentistisch zu deuten, sondern haben eine zum Teil weit zurückreichende Geschichte. Und schließlich diene der Vergleich mit historischen Konstellationen der Verdeutlichung von gegenwärtigen Möglichkeitsspielräumen. Gerade durch

21 Johann Martin Chladenius, Einleitung zur richtigen Auslegung vernünftiger Reden und Schriften, Leipzig 1742, S. 188–189; Ders., Allgemeine Geschichtswissenschaft, Leipzig 1752, S. 151–152. Dazu klassisch als Deutung und historische Einordnung siehe Reinhart Koselleck, Standortbindung und Zeitlichkeit. Ein Beitrag zur historiographischen Erschließung der geschichtlichen Welt [1977], in: ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a. M. 1979, S. 176–207. Bell zitiert nach: Andreas Eckert, Der Angriff der Gegenwart auf die übrige Zeit. Die Empörung über einen Besinnungsaufsatz des Vorsitzenden der amerikanischen Historiker offenbart die Verunsicherung des Fachs, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. 9. 2022, S. 3.

22 Joan W. Scott, In the Name of History, Budapest 2020, passim, besonders Kap. 3 und der Epilog.

den historischen Vergleich könnten gegenwärtige Handlungschancen und -risiken besser ausgemessen und genauer abgewogen werden.[23]
In den letzten Jahren haben vor allem angloamerikanische Historiker:innen immer wieder zu politischen Fragestellungen der Gegenwart Stellung genommen und diese mit historischen Analogien versehen, seien es nun Neil Ferguson und Adam Tooze zur Krise des globalen Kapitalismus, Timothy Snyder, Ruth Ben-Ghiat oder Federico Finchelstein zum faschistischen Potential des gegenwärtigen Rechtspopulismus oder zahlreiche Osteuropahistoriker:innen zu Putins imperialistischem Krieg. Die einflussreiche Stanforder Neuzeithistorikerin Priya Satia schrieb 2020 in ihrem Buch „Time's Monster" angesichts der Entsorgung der kolonialen und rassistischen Verbrechen durch gegenwärtige Rechtspopulisten sogar ganz grundsätzlich: „It is the continuing struggle for justice that matters".[24]
Lynn Hunt hatte dagegen schon 2002 davor gewarnt, die Geschichtswissenschaft zu sehr in das Fahrwasser aktueller politischer Debatten geraten zu lassen. Geschichtswissenschaft, so befürchtete sie, „becomes the short-term history of various kind of identity politics defined by present concerns". Eine der wichtigsten Leistungen der Geschichtswissenschaft sei nicht die „study of sameness", sondern die Verfremdung der Gegenwart. Sie empfiehlt eine Haltung des Respekts vor der Geschichte mit „humility, curiosity, and even wonder [which] enables us to see beyond our present-day concerns backward and forward at the same time".[25]
Das hält natürlich kaum eine:n Historiker:in davon ab, weiterhin eine „History of the Present" nach der anderen zu schreiben, wie etwa der Historiker Pankaj Mishra. Sein 2017 publiziertes Buch „Age of Anger" führt die Wurzeln des gegenwärtigen Hass- und Gewaltklimas auf Rousseau und die deutschen Romantiker zurück, von denen dann der Islamische Staat (IS) ebenso wie

23 Jürgen Kocka, Lehrmeisterin des Lebens? Geschichtswissenschaft als politische Kraft, in: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft 9. 2021, H. 3, S. 67–76. Gerade angesichts sinkender Studierendenzahlen seien solche Relevanzmarkierungen der Geschichtswissenschaft von besonderem Interesse, auch und gerade für die vormoderne Geschichte. Siehe hierzu etwa die Zahlen für Deutschland und die USA bei Niko Lamprecht u. Lutz Raphael, Geschichte für die Gegenwart. Die sinkende Zahl der Geschichtsstudenten ist kein Grund zum Alarmismus. Doch die Anpassungskrisen der Gesellschaft fordern das Fach heraus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 74, 27. 3. 2024, S. N4; Julia Brookins, History Enrollment Edges Slightly Lower, in: Perspectives on History, 22. 12. 2020, https://www.historians.org/perspectives-article/history-enrollment-edges-slightly-lower-wide-variation-characterizes-2019-20-enrollment-numbers-december-2020/; Robert B. Townsend, Has the Decline in History Majors Hit Bottom? Data from 2018–19 Show Lowest Number since 1980, in: Perspectives on History, 23. 2. 2021, https://www.historians.org/perspectives-article/has-the-decline-in-history-majors-hit-bottom-data-from-2018-19-show-lowest-number-since-1980-march-2021/.
24 Priya Satia, Time's Monster. How History Makes History, Cambridge 2020, S. 276.
25 Lynn Hunt, Against presentism, in: Perspectives on History, 1. 5. 2002; https://www.historians.org/perspectives-article/against-presentism-may-2002/.

Donald Trump als Spätabkömmlinge beeinflusst würden.[26] Auch hierzulande werden vor allem in der Zeitgeschichte immer wieder Bücher publiziert, die sich explizit einer Vorgeschichte der Gegenwart widmen.[27] Das Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam gibt seit 2010 die Reihe „Geschichte der Gegenwart" heraus. Zahlreiche Anfangs- und Bezugspunkte der Gegenwart werden dabei markiert, von der Einwanderungs- und Migrationsgesellschaft, über die globalisierte Wirtschaft und dem Beginn der Konsumgesellschaft (mitsamt der beschleunigten und intensivierten Umweltverschmutzung) bis hin zur Europäischen Einigung und der Digitalisierung unserer Tage.

Gleichzeitig mit der politischen Diskussion hat sich aber auch eine *methodische* Debatte zum Präsentismus geöffnet, wie die Mediävistin Miri Rubin 2017 in ihrem Aufsatz „Presentism's Useful Anachronisms" verdeutlicht.[28] Gegenwärtige Begriffe und die damit verbundenen politischen Werte, so Rubin, könnten durchaus (wenngleich kontrolliert) auf die Vergangenheit angewandt werden. Wenn die Linguist:innen (und später auch die Sozialanthropolog:innen) schon seit langem zwischen emischen und etischen Praktiken unterscheiden, dann können sich auch Historiker:innen einer Methodik des „anachronisme contrôlé" (Nicole Loraux) bedienen, um der Vergangenheit neue Einsichten zu entlocken.[29] Während der französische Althistoriker François Hartog vor zwanzig Jahren in seinem einflussreichen Werk „Régimes d'historicité" den Präsentismus als die seit der Wende 1989/1990 dominante Zeiterfahrung unserer Gegenwart umschrieben hat,[30] hat sich diese Relationierung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft offenbar wieder neu verschoben. Zwar gibt es keine großen Zukunftshoffnungen oder revolutionäre Utopien mehr, wie noch in weiten Teilen des 20. Jahrhunderts. Jedoch werden, wie der Frühneuzeithistoriker Achim Landwehr vor einigen Jahren in seiner Geschichte der „Chronoferenzen" verdeutlicht hat, jüngst vermehrt

26 Pankaj Mishra, Age of Anger. A History of the Present, London 2017.

27 Andreas Rödder, 21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart, München 2015; Frank Bösch, Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann, München 2019; David Kuchenbuch, Globalismen. Geschichte und Gegenwart des globalen Bewusstseins, Hamburg 2023. Vgl. Eckart Conze, Zeitgeschichte nach der „Zeitenwende". Krieg, Frieden und Sicherheit als Perspektiven zeithistorischer Forschung, in: VfZ 72. 2024 H. 2, S. 316–331.

28 Miri Rubin, Presentism's Useful Anachronisms, in: Past and Present 234. 2017, S. 236–244.

29 Rubin (ebd., S. 243) bezieht sich hier auf Nicole Loraux, La Cité divisée. Critique de la politique, Paris 1997.

30 François Hartog, Régimes d'historicité. Présentisme et expériences du temps, Paris 2003. Die Zeit vor dem 18. Jahrhundert sei durch ihre Vergangenheitsbezogenheit gekennzeichnet, während das 18. bis 20. Jahrhundert sich durch eine neue Zukunftsorientierung auszeichne. Hartog bezieht sich bei dieser Einteilung auch auf Kosellecks Idee der „Sattelzeit".

„anwesende und abwesende Zeiten gekoppelt, Vergangenheiten und Zukünfte mit Gegenwarten verknüpft".[31]

III. Aktivismus heute

Trotz der langen, wechselvollen und produktiven Geschichte um den Zusammenhang von Aktivismus und Wissenschaft beherrscht heute ein aufgeregter Ton die Debatte. Wissenschaftler engagieren sich seit Jahren immer stärker proaktiv in politischen Debatten und der Begriff des Aktivismus erfreut sich in der deutschen Diskussion einer steil ansteigenden Prominenz, wie die Wortverlaufskurven im Zeitungskorpus des Digitalen Wörterbuchs der deutschen Sprache (DWDS) eindrucksvoll aufzeigen.[32] Während der Begriff in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch in der philosophischen Fachdiskussion beheimatet war, steht er seit dem Ersten Weltkrieg für die Anhänger des sogenannten „Auslanddeutschtums" und dann bald auch für radikale politische Bewegungen. Seit der Mitte des 20. Jahrhunderts erweiterte sich dann allmählich die Bedeutung auf Personen, die sich aktiv für politisch-gesellschaftliche Belange einsetzen. In den USA erlebte der Begriff „activism" seit den 1960er und 1970er Jahren im Zusammenhang mit der Bürgerrechtsbewegung und den Neuen Sozialen Bewegungen einen ungeheuren Aufschwung. In Deutschland kam es vor allem in den letzten Jahren im konservativ einzuschätzenden Meinungsspektrum zu einer Bedeutungsverschlechterung, weil das Adjektiv „aktivistisch" mit „sachfremd" und „unwissenschaftlich" verbunden wurde.[33] Gleichzeitig bezeichnen sich nicht wenige der jungen und linken Wissenschaftler:innen derzeit selbstbewusst als Aktivist:innen. Es deutet sich also semantisch eine Verhärtung der Debatte an. Vielleicht wären daher herkömmlichere Bezeichnungen wie *l'historien engagé* oder *public historian* die besseren Alternativen.

Was unsere gegenwärtige Lage und die heutigen Debatten besonders brisant macht und von der langen Geschichte der epistemischen Grundsatzdebatte

31 Achim Landwehr, Die anwesende Abwesenheit der Vergangenheit. Essay zur Geschichtstheorie, Frankfurt a. M. 2016, S. 28.

32 DWDS-Wortverlaufskurve für „Aktivismus", erstellt durch das Digitale Wörterbuch der deutschen Sprache, https://www.dwds.de/r/plot/?view=1&corpus=zeitungenxl&norm=date%2Bclass&smooth=spline&genres=0&grand=1&slice=1&prune=0&window=0&wbase=0&logavg=0&logscale=0&xrange=1946%3A2024&q1=Aktivismus; "Activism, N., Sense 3.b." Oxford English Dictionary, Oxford UP, July 2023, https://doi.org/10.1093/OED/7762694309.

33 Volker Harm, Art. „Aktivist (Aktivismus, aktivistisch)". Version 10/2022, in: Wortgeschichte digital – ZDL, https://www.zdl.org/wb/wortgeschichten/Aktivist. Eine andere Genealogie liefert Marko Demantowsky, der den Aktivismus vor allem auf Rudolf Eucken zurückführt: Michael Hollogschwandtner, Tagungsbericht: Political Activism in and through Public History, in: H-Soz-Kult, 9. 3. 2024, https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-142582.

abhebt, sind vor allem vier Umstände. Zum *ersten* leben wir in einer Situation der „Polykrise“,[34] die durch Pandemie und Wirtschaftskrisen, durch Kriege und Klimawandel und durch Rechtspopulisten und Kontrollverlustängste in der KI-Debatte unsere Weltgesellschaft tiefgreifend prägt. Die Grenzen und Risiken der wirtschaftlichen und politischen Globalisierung treten heute deutlicher hervor. Der neoliberale Optimismus der 1990er Jahre, der mit der globalen Vernetzung der Welt verbunden war, scheint verloschen. Offenbar empfinden viele Zeitgenossen ein Krisen-, ja vielleicht sogar ein Endzeitgefühl. Historiker:innen mischen hierbei kräftig mit, steigern ihre Relevanzansprüche und bringen sich in die öffentlichen Debatten über den Ukrainekrieg, über die Wiederkehr des Faschismus oder mit Putin-Hitler-Vergleichen ein. Vergleiche der Wirtschaftskrise von 2008 mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 sind ebenso *en vogue* wie Vergleiche mit historischen Apokalypseängsten. In der Umweltdebatte spricht man von „converging crises“, die sich von der bisherigen Wahrnehmung des Wandels unterscheiden, weil der rapide Raubbau an Ressourcen und der schnelle Abbau von Jahrmillionen alten fossilen Brennstoffen, weil die Klimaentwicklung oder das Massensterben zahlreicher Arten vorgezeichnet zu sein scheint. Die Hoffnung auf eine bessere oder auch nur offene Zukunft scheint durch Pfadabhängigkeiten zu schrumpfen.[35]

Wenngleich unsere gegenwärtige Polykrise im Vergleich mit der Geschichte des 20. Jahrhundert nicht exzeptionell ist und etwa auch auf die Jahre 1932 oder 1943 angewendet werden könnte, so ist doch auffällig, wie das Krisengefühl dieser Tage sich zu einem dystopischen Empfinden verdichten kann. Gerade in der gesellschaftlichen Mitte Europas sinkt die Zukunftszuversicht, wie aktuelle Befragungen der Bertelsmann Stiftung und des SINUS-Instituts zeigen.[36] Dies führt nicht automatisch zu aktivistischem Engagement, aber die Dringlichkeit der Krisen erhöht doch den Druck auf Wissenschaftler:innen, sich hierzu zu äußern.

Zum *zweiten:* Eingreifende und explizit identifikatorische Wissenschaft wird heute nicht mehr nur von den Rändern der Disziplin oder von sozialen

34 Der Begriff wurde von Adam Tooze in der öffentlichen Debatte mehrfach eingebracht und bezieht sich auf den französischen Philosophen und Soziologen Edgar Morin, siehe Edgar Morin u. Anne Brigitte Kern, Homeland Earth. A Manifesto for the New Millenium. Advances in System Theory, Complexity, and the Human Sciences, Cresskill, N.J. 1999. Vgl. Michael Lawrence u. a., “What Is a Global Polycrisis?”, Discussion Paper 2022–4, Cascade Institute, https://cascadeinstitute.org/technical-paper/what-is-a-global-polycrisis/.

35 Siehe dazu Sandra Maß, Zukünftige Vergangenheiten. Geschichte schreiben im Anthropozän, Göttingen 2024, S. 18, 34, 47, 103–105, 157.

36 Robert Vehrkamp u. Silke Borgstedt, Die Mitte stärken. Warum die Mitte an Zuversicht verliert – und was Ampel und Union jetzt tun sollten, um die Mitte nicht zu verlieren, in: Demokratie und Zusammenhalt 2. 2024, hier S. 2; https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/DZ_EINWURF_2_2024_Die_Mitte_staerken.pdf.

Bewegungen eingefordert. Das war schon bei den *radical science movements* in den USA, in Frankreich oder Deutschland der 1960er Jahre der Fall, insbesondere im Bereich der Umwelt-, aber auch der Geschlechter- und Konfliktforschungen.[37] Die gegenwärtige Politisierung der Universitäten im Israel-Palästina-Konflikt erinnert viele an die Studentenunruhen der sechziger Jahre. Und noch weiter zurück reichen bekanntlich die *citizen sciences*, die schon im 19. Jahrhundert wertvolle Dienste etwa für die Ornithologie oder Botanik geleistet hatten. Gerade die Naturwissenschaften hatten sich Mitte des 19. Jahrhunderts noch nicht als exklusive Labor- und Experimentwissenschaften etabliert und die Grenzen zwischen Amateur und Wissenschaftler waren fließend. In den Sozialwissenschaften erfahren gegenwärtig diese *citizen sciences* wieder viel Aufmerksamkeit.[38]

Diese Forschungsrichtungen thematisieren nicht nur die Möglichkeiten der Erziehung von Bürger:innen durch die Heranführung an die Wissenschaft oder die Möglichkeiten zur Demokratisierung der Wissenschaften, sondern auch die Möglichkeit der Produktion neuen und innovativen Wissens durch die Zusammenarbeit von Laien und Wissenschaftler:innen: „Public participation in research can also produce knowledge on parts of the natural and social world that have been largely unexamined scientifically".[39]

Wirklich neu aber ist, dass die Erwartung an die engagierte Wissenschaftlerin und den engagierten Wissenschaftler nicht nur von sozialen Bewegungen und Aktivist:innen an die Wissenschaft herangetragen wird, sondern das diese Erwartung inmitten des Wissenschaftsbetriebes selbst entsteht. Die Wissenschaftsorganisationen haben in den letzten dreißig Jahren vor allem in Großbritannien und den Niederlanden unter dem Begriff „Third Mission" Aktivitäten eingefordert, die nicht ausschließlich den Bereichen Lehre und Forschung zuzuordnen sind. Damit ist die Verflechtung der Hochschulen mit der Gesellschaft, den Kommunen oder der Wirtschaft gemeint. Sie ist ein

37 Vgl. etwa Michael Egan, Barry Commoner and the Science of Survival. The Remaking of American Environmentalism, Cambridge, MA 2007; Ron Eyerman u. Andrew Jamison, Social Movements. A Cognitive Approach, Cambridge 1991; Renaud Debailly, La critique de la science depuis 1968, Paris 2015; Mathieu Quet, Politiques du savoir. Sciences, technologies et participation dans les années 1968, Paris 2013; Max Stadler u. a. (Hg.), Gegen|Wissen. Cache 01, Zürich 2020; Nils Güttler, Gegenexpert*innen. Umwelt, Aktivismus und die regionalen Epistemologien des Widerstandes, in: N.T.M. Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin 30. 2022, H. 4, S. 541–569; Alexander von Schwerin, Gegenwissen. Die Neuen Sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik und die Grundlagen ihrer Wirkung, in: N.T.M. Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin 30. 2022, H. 4, S. 529–540; Reichardt, Wissenspraktiken sozialer Bewegungen, S. 197–222.

38 Janis L. Dickinson u. Rick Bonney, Citizen Science. Public Participation in Environmental Research, Cornell 2012; Peter Finke, Citizen Science. Das unterschätzte Wissen der Laien, München 2014; Katrin Vohland u. a. (Hg.), The Science of Citizen Science, Wiesbaden 2021.

39 Bruno Strasser u. a.: „Citizen Science"? Rethinking Science and Public Participation, in: Science & Technology Studies 32. 2019, H. 2, S. 52–76, hier S. 64.

Sammelbegriff für Aktivitäten, die nicht nur angewandte Forschung meint, sondern auch den Wissenstransfer, den Universitäten in die Gesellschaft zu leisten hätten. Der Katalog ist weit und umfasst diverse Ziele von Nachhaltigkeit und Schutz geistigen Eigentums über Weiterbildungsangebote bis zur „Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung".[40]

Im Zuge der Verwissenschaftlichung des Politischen wird zudem über Expertenräte und Politikberatungsinstitutionen von oben und außen die Forderung nach politischer Verwertbarkeit an die Wissenschaft herangetragen. In einer modernen Wissensgesellschaft habe Wissenschaft entscheidungsrelevantes Sachwissen der Politik als Expertise aufzubereiten und anzuliefern.[41] Viele Förderorganisationen formulieren im Zeitalter der drittmittelgestützten und -abhängigen Wissenschaft immer deutlicher ihre Anforderungen an eine „transformative Wissenschaft".[42]

Forderungen nach eingreifender Wissenschaft und nach politischem Engagement hat es immer gegeben, aber selten kamen diese so stark aus dem Inneren des wissenschaftlichen Universitätsbetriebs selbst wie heute. Auch im aktuellen Israel-Palästina-Konflikt zeigt sich eine bedenkliche Entwicklung. Die deutschen Universitäten scheinen sich weniger der politischen Debatte zu öffnen, sondern versuchen diese inhaltlich durch An- und Verordnungen zu steuern – durch zunehmende Bürokratisierungen und Justiziabilitäten in einer

40 Cort-Denis Hachmeister u. a., Katalog von Facetten von und Indikatoren für Forschung und *Third Mission* an Hochschulen für angewandte Wissenschaften, Arbeitspapier Nr. 189 des CHE. Gütersloh 2016; https://www.che.de/download/che_ap_189_katalog_forschung_third_mission-pdf/?wpdmdl=10090&refresh=66a34644dfaac1721976388&ind=5d1a083d8d09e&filename=CHE_AP_189_Katalog_Forschung_Third_Mission.pdf.

41 Vgl. nur Peter Weingart, Verwissenschaftlichung der Gesellschaft – Politisierung der Wissenschaft, in: Zeitschrift für Soziologie 12. 1983, S. 225–224; Ronald Hitzler u. a. (Hg.), Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit, Opladen 1994; Axel Murswieck (Hg.), Regieren und Politikberatung, Opladen 1994; Peter Weingart, Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Medien und Wirtschaft in der Wissensgesellschaft, Weilerswist 2001; Rüdiger vom Bruch u. Brigitte Kaderas (Hg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik – Bestandaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002; Stefan Fisch u. Wilfried Rudloff (Hg.), Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in historischer Perspektive, Berlin 2004; Margit Szöllösi-Janze, Wissensgesellschaft in Deutschland. Überlegungen zur Neubestimmung der deutschen Zeitgeschichte über Verwissenschaftlichungsprozesse, in: GG 30. 2004, S. 277–313; Jakob Vogel, Von der Wissenschafts- zur Wissensgeschichte. Für eine Historisierung der „Wissensgesellschaft", in: GG 30. 2004, S. 639–660; Peter Weingart u. Justus Lentsch, Wissen – Beraten – Entscheiden. Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland, Weilerswist 2008; Caspar Hirschi, Skandalexperten, Experten-skandale. Zur Geschichte eines Gegenwartsproblems, Berlin 2018.

42 Eva Geulen, Jahresthema 2023/24, Aktivismus und Wissenschaft, in: ZfL Blog, 20. 11. 2023, https://www.zflprojekte.de/zfl-blog/2023/11/20/eva-geulen-jahresthema-2023-24-aktivismus-und-wissenschaft/.

primär doch politischen Debatte. Korrespondierend melden sich Wissenschaftler:innen mit politischen Einwürfen, die weniger als das Ergebnis ihrer langjährigen wissenschaftlichen Expertise gelten können, denn als mit akademischer Würde garnierte politische Statements.

Verbunden mit dieser Politisierung sind nun, quasi umgekehrt, die Ängste vor Tugendwächtern. Es entsteht die Sorge, mit seinen Forschungsergebnissen den erwünschten politischen Zielen nicht entsprechen zu können: „People are scared to speak honestly sometimes, even what they know to be historically true, because they don't want to end up on the wrong end", sagte etwa Johann Neem im Januar 2023 auf einer Podiumsdiskussion zum Jahrestreffen der "American Historical Association" in Philadelphia.[43] Das gilt etwa für die Umweltgeschichte, die im Zusammenhang mit der Umweltbewegung stark gewachsen ist. Noch heute verstehen sich nicht wenige Umwelthistoriker:innen als *concerned scientists*.[44] Auf dem Weltkongress des International Consortium of Environmental History Organizations im Jahr 2024 hat sich ein *roundtable* mit der Frage beschäftigt, ob und inwieweit sich die Umweltgeschichte nach gegenwärtigen Problemlagen auszurichten hat:

> Climate change, biodiversity loss, resource exhaustion, deforestation, plastic pollution – as the environmental crisis widens, time for historical reflection seems to have become short. Historians are challenged to enlarge the scope and scale of their activities beyond understanding past and present phenomena towards more future-oriented approaches; action, it seems, has taken the place of analysis.[45]

Gegen manche allzu stark auf moralisierende Botschaften setzende Umweltgeschichte hatten sich schon früh führende Umwelthistoriker wie John R. McNeill positioniert, der im Jahr 2000 seiner preisgekrönten Weltgeschichte der Umwelt im 20. Jahrhundert voranstellte, dass er die „Auswirkungen der ökologischen Veränderungen" nicht per se als „Verbesserungen oder Verschlechterungen" bewerten möchte.[46]

Offene Briefe, Unterschriftenlisten und Erklärungen von Wissenschaftler:innen in sozialen Medien scheinen derzeit zu vielen und oftmals hitzig geführten Kontroversen zu führen. Die Liste ist allein im Zusammenhang mit dem in Gaza geführten Krieg erstaunlich lang – vom renommierten libanesisch-australischen Ethnologen Ghassan Hage über Nancy Fraser, eine hoch

43 Jennifer Schuessler, As Historians Gather. No Truce in the History Wars, in: New York Times, 8. 1. 2023.

44 Melanie Arndt, Umweltgeschichte, Version 3.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 10. 11. 2015; http://docupedia.de/zg/arndt_umweltgeschichte_v3_de_2015.

45 CFP, Critique or Action, History or Activism? Exploring the Role of Environmental History in the Environmental Crisis, in: H-Soz-Kult, 18.8. 2023; https://www.hsozkult.de/event/id/event-138156. Aktuell siehe vor allem: Caroline Levine, The Activist Humanist. Form and Method in the Climate Crisis, Princeton 2023.

46 John R. McNeill, Blue Planet. Die Geschichte der Umwelt im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2003, S. 16. Die amerikanische Originalausgabe „Something New Under the Sun" erschien 2000 bei W. W. Norton & Company.

dekorierte Philosophin an New Yorker New School for Social Research, bis hin zur weltweit bekannten Philosophin und Feministin Judith Butler. Deren Einladungen an deutsche Universitäten beziehungsweise eine Stellung am Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung in Halle wurde von den jeweiligen Wissenschaftsleitungen wieder entzogen. Es soll hier weder darum gehen, die Einzelheiten dieser Debatten nachzuzeichnen, noch darum, die Einschätzungen um die mögliche Bedeutung eines israelisch unterstützten Siedlungskolonialismus, um den Charakter des Krieges, seine angebliche Nähe zu Genoziden oder die Geschichte des Nahostkonfliktes seit den 1920er Jahren nachzuzeichnen.[47]

Wichtiger ist darauf hinzuweisen, dass sich Universitätsleitungen immer öfter und schneller verordnend einmischen und sich Wissenschaftler:innen immer öfter zu aktuell wichtigen Themen melden, obwohl diese gar nicht zu ihren Untersuchungsschwerpunkten gehören. Diese politisch engagierten Theoretiker:innen setzen nur scheinbar eine Linie fort, die im Spätwerk des Kultursoziologen Pierre Bourdieu oder in dem des Wissenschafts- und Techniksoziologen Bruno Latour beobachtet werden konnte. Während der Ungleichheitsforscher Bourdieu seine Expertise gegen den Neoliberalismus der 1990er Jahre in Stellung brachte, hatte sich Latour in den 2000er Jahren als Begründer der Akteur-Netzwerk-Theorie für die Rechte der Natur und die enge Verknüpfung von Ökologie und Gesellschaft eingesetzt. Diese explizit *wissenschaftliche* Verbindung zwischen Werk und politischem Engagement fehlt in den jüngsten politischen Äußerungen, die auf die persönliche Betroffenheit von Fraser und Butler als Jüdinnen beziehungsweise von Hage als im Libanon geborener Ethnologe setzten. Ihr akademisches Werk bringen alle drei genannten Personen in die Debatte um den Nahostkonflikt eben gerade nicht ein. Hage betont sogar explizit die *Trennung* seines akademischen Werkes von seinem politischen Engagement. Bourdieu hatte dagegen eine andere Vorgehensweise verteidigt und begründet, die er als „scholarship with commitment“ bezeichnete.[48] Für den politisch neutralen Objektivismus einer Wissenschaft, die *nicht* ihre gesellschaftlichen Produktionsbedingungen und institutionellen Voraussetzungen reflektiere, hatte er den provozierenden Ausdruck des „scholastischen Epistemozentrismus“ erfunden.[49]

47 Zur öffentlichen Kontroverse um den Siedlungskolonialismus in Israel siehe etwa: Sebastian Conrad, Anklage eines Ansatzes. In den postkolonialen Forschungen war Israel lange marginal. Warum gelten sie jetzt weithin als antisemitisch?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. 2. 2024, S. 3; Detlef Pollack, Der Westen als Täter. Die Judenfeindschaft innerhalb der postkolonialen Theorie speist sich aus einem antiwestlichen Ressentiment, das überall nur den Zwang sieht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. 3. 2024, S. 4. Eine kluge Intervention scheint mir der Beitrag von Avner Ofrath, Anatomie der Gewalt. Zum Israel/Palästina-Konflikt, in: Merkur 78. 2024, H. 900, S. 5–18.

48 Pierre Bourdieu, For a Scholarship with Commitment, in: Profession 2000, S. 40–45.

49 Ders.: Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft, Frankfurt a. M. 2001, S. 65.

Heute geht es also um ein *activist scholarship*, welches „the production of knowledge and pedagogical practices through active engagements with, and in the service of, progressive social movements“ meint.[50] Hierbei wird wissenschaftliches Wissen mitsamt seinen methodisch strengen und unverzichtbar hohen Standards sogar als elitär kritisiert: Es sei von der Gesellschaft institutionell enthoben. Zugleich werden andere Wissensformen wie jenes der sozialen Bewegungen oder der lokalen Bevölkerungen aufgewertet. Zuweilen geschieht dies auch im Namen einer angeblichen Epistemologie des „globalen Südens“.[51] Wissenschaftliche Standards der Rationalität, Selektivität und Methodizität werden hierbei erweitert bzw. als westlich oder imperial geprägt kritisiert. Kritischer formuliert könnte man auch behaupten, dass klassische Wissenschaftsstandards und unverzichtbare Modalitäten der Wahrheitssuche aufgeweicht werden.

Drittens leben wir heute in einer Gesellschaft, die wissenschaftliche Fakten deutlicher infrage stellt, als das in der Vergangenheit der Fall war. Denn zu den besonderen Bedingungen der Gegenwart gehört eine über die sozialen Medien mitgesteuerte Öffentlichkeit, in der es nicht nur zu einer verstärkten Emotionalisierung des Politischen gekommen ist. Die fragmentierte „neue Öffentlichkeit“, so Jürgen Habermas, gefährdet die rationale und deliberative Willensbildung. Unter den gegenwärtigen Bedingungen sozio-technischer Digitalisierung ist die „entscheidungsvorbereitende Beratung“ für die demokratische Meinungs- und Willensbildung von Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr gegeben. Subjektivierungsregime im Modus privat-öffentlicher Hybridität konstituieren die neue Öffentlichkeit von Gesinnungsgemeinschaften.[52] Wir sind, so wiederum der Wiener Soziologe Alexander Bogner, mit einer regelrechten „Epistemisierung des Politischen“ konfrontiert. Es komme angesichts von „fake facts“ zu regelrechten Wissenskämpfen, aus denen ein „epistemischer Tribalismus“ erwachsen könne.[53] Vielleicht ist das dann doch zu weitgreifend, aber die Tendenz einer normativen Absolutsetzung und unterkomplexen Vereindeutigung von Interpretationen, die so mancher digitaler Fundamentalismus in die Welt gesetzt hat, bedroht den in der Wissenschaft zentralen Modus der offenen Konversation, des Abwägens und des zweifelnden Weitersuchens.

50 Julia Sudbury u. Margo Okazawa-Rey, Introduction. Activist Scholarship and the Neoliberal University after 9/11, in: dies. (Hg.), Activist Scholarship. Antiracism, Feminism, and Social Change, Boulder 2009, S. 1–16, hier S. 3.

51 Boaventura De Sousa Santos u. Maria Paula Meneses (Hg.), Knowledge Born in the Struggle. Constructing the Epistemologies of the Global South, New York 2020.

52 Jürgen Habermas, Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik, Berlin 2022, S. 9–68.

53 Alexander Bogner, Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet, Stuttgart 2021, S. 117. Abwägender: Frieder Vogelmann, Umkämpfte Wissenschaften – zwischen Idealisierung und Verachtung, Stuttgart 2023.

Zwar ist das Vertrauen in die Wissenschaft weltweit gesehen immer noch sehr hoch, aber gerade im autoritär-libertären Lager bröckelt diese traditionell hohe Akzeptanz bedenklich. Interessant an den Ergebnissen einer 2024 vorgelegten globalen Studie zu diesem Thema ist auch, dass Teilnehmer:innen aus Ländern wie China überdurchschnittlich viel Vertrauen in Wissenschaftler:innen haben, während die Teilnehmer:innen in Deutschland und Japan ein unterdurchschnittliches Vertrauen aufweisen. Die Ergebnisse lassen sich dadurch erklären, so die Forscher:innen, dass in einigen Ländern rechtsgerichtete Parteien wie auch linksgerichtete Kräfte dieses Vertrauen unterminieren. Es komme darauf an, so die Studie, wie die politische Führung von Parteien und Bürokratien mit Wissenschaftler:innen umgehe.[54] Eine Geschichtswissenschaft freilich, die nicht mehr das „Vetorecht der Quellen"[55] reklamieren kann, verliert eine zentrale Vermittlungsebene ihrer Theoriebildung.

Viertens ist ein aktueller Streit zwischen identitätspolitischen Anliegen einerseits und der Beschwörung einer Gefahr der „identity trap"[56] andererseits entbrannt. Vor allem in den USA ist die Debatte zu „social justice" im Universitätsbetrieb allgegenwärtig, die sich um die Ursprünge, Konsequenzen und Grenzen der sogenannten *wokeness* drehen. Begriffe wie *Cancel Culture* und die Diskussionen um kulturelle Aneignung in der Kunst zeigen, wieviel radikaler diese Diskussion in den USA geführt wird. Nicht selten wird dabei kritisiert, dass *wokeness* lebensweltliche Erfahrungen essentialisiere und zugleich universalistische Ideale aufgebe.[57] Gerade in den Bereichen des Kolonialismus, Rassismus und Feminismus beziehungsweise der Queerness deuten sich Debatten an, die die Positionalität des Sprechenden zum Teil stärker gewichten, als dessen Argumente. Während die feministische *standpoint theory* die besondere Einsicht, die den Betroffenen zukommt, nuanciert weiterentwickelt hat,[58] wird gegenwärtig dem Erfahrungswissen marginalisierter Gruppen per se ein größeres Erkenntnispotential zugesprochen und damit die Multiperspektivität auf bestimmte Gegenstandsbereiche begrenzt und das potentielle Diskussionspotential verkleinert. Damit drohen gegen-

54 Viktoria Cologna u. a., Trust in scientists and their role in society across 67 countries, OSF Preprints, 25. 1. 2024, https://doi.org/10.1038/s41562-024-02090-5.

55 Reinhart Koselleck, Standortbindung und Zeitlichkeit. Ein Beitrag zur historiographischen Erschließung der geschichtlichen Welt [1977], in: ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a.M. 1979, S. 176–207, hier S. 206.

56 Yascha Mounk, The Identity Trap. A Story of Ideas and Power in Our Time, New York 2023.

57 Susan Neiman, Links $\neq$ Woke, Berlin 2023; Nathalie Heinich, Le Wokisme serait-il un totalitarisme?, Paris 2023.

58 Vgl. Joseph Rouse, Standpoint Theories Reconsidered, in: Hypatia 24. 2009, H. 4, S. 200–209; Gaile Pohlhaus, Knowing communities. An investigation of Harding's standpoint epistemology, in: Social Epistemology 1. 2002, H. 3, S. 283–298. Siehe dazu jetzt auch die hervorragende Textsammlung in Katharina Hoppe u. Frieder Vogelmann (Hg.), Feministische Epistemologien. Ein Reader, Berlin 2024.

wärtige Debatten die wichtigen Einsichten um standortgebundene Erkenntnisweisen und die ungleichen Machtverhältnisse und Sprecherpositionen im wissenschaftlichen Diskurs zu vergessen.

Susan Neiman hat diese Entwicklung jüngst scharf kritisiert und zugespitzt auf eine in den letzten Jahren zu beobachtende Unversöhnlichkeit zwischen der altlinken Position sozialer Ungleichheit und neulinker kultureller Identitätspolitik behauptet.[59] Sie schreibt, dass die Identitätspolitik nur noch um „zwei [Merkmale kreise], von denen die Identitätspolitik meint, sie seien zentral: die Zugehörigkeit zu einer Ethnie und zu einem Geschlecht" .[60] Dabei, so Neiman, würden sich die Aktivisten gewissermaßen selbst essentialisieren. Sie verstünden diese Fokussierung auf ihre Identität als eine Art von Selbstermächtigung. Neiman, Anhängerin eines aufgeklärten Universalismus, kritisiert dies entschieden.[61] Die Aufwertung des Traumas der Opfer von Rassismus und Sexismus führe zu einer Politik der Selbstdarstellung, trage aber nicht zu einer konstruktiven Politik sozialen Wandels bei. Auch wenn Neimans Kritik einseitig scheint, da die Erkenntnispotentiale der identitätsbezogenen Theoriebildung gegenüber den Risiken fast verschwinden, so verdeutlicht sie doch die Emotionalisierung und Radikalisierung der politischen Debatte, welche universalistische Ideale und globalen Austausch behindern können.[62]

Die mitunter pathetischen Wahrheitsdiskurse um Betroffenheit und Identität und die scharfe Polemik gegen alle Privilegierten, welche schon aufgrund ihrer

59 Diese Zuspitzung erinnert an Sahra Wagenknechts Abrechnungsbuch: Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt, Frankfurt a. M. 2021.

60 Neiman, Links, S. 20.

61 Neiman (Ebd.), fasst auf den Seiten 22–24 ihr Hauptargument treffend zusammen: „Die Reduktion unserer vielen Identitäten auf Ethnie und Geschlecht ist nur augenscheinlich eine Frage von Äußerlichkeiten. Indem man den Fokus auf genau diese beiden Dimensionen menschlicher Erfahrung legt, erfasst man die Eigenschaften, die die meisten Traumata mit sich bringen. Die Identitätspolitik hängt mit einer Verschiebung zusammen, die Mitte des 20. Jahrhunderts einsetzte: Nicht mehr der Held war das Subjekt der Geschichte, sondern das Opfer. […] Unter vermeintlich elenden Bedingungen geboren worden zu sein, garantiert neue Formen von Status. […] Um rassistischer Diskriminierung zu entkommen, gaben sich hellhäutige Afroamerikaner früher als Weiße aus und verließen ihre Familien, um ein freieres, wenngleich traurigeres Leben in der herrschenden Klasse zu führen. Kürzlich aber verloren mehrere weiße Amerikaner ihre Arbeitsstellen, die sie bekommen hatten, weil sie sich fälschlicherweise als Schwarze ausgegeben hatten. […] Diese Selbststilisierung zum Opfer ist deshalb so perfide, weil dabei die wahren Opfer rassistischer, tagtäglich vorkommender Angriffe verhöhnt werden. […] Das Problem dabei: Leid zu erfahren, ist an sich keine Tugend, und nur selten entsteht daraus eine. Opfer geworden zu sein, kann den Grund für Wiedergutmachung abgeben, doch sobald wir im Opfersein per se Anerkennung begründet sehen, sind wir auf dem besten Wege, Anerkennung und Legitimität von Tugend überhaupt zu trennen."

62 Ob ihre eigene, überscharfe Polemik gegen Foucault und ihre entschiedene Verteidigung der Aufklärer des 18. Jahrhunderts gegenüber postkolonialen Kritiker:innen diese Öffnung der Debatte selbst leisten kann, steht auf einem anderen Blatt.

Positionalität Unrecht zugesprochen bekommen, können dazu führen, dass subjektives Empfinden über begründete Argumente gestellt wird. Bereits in den 1970er Jahren wurden mit der „neuen Subjektivität" in der Literatur und im linksalternativen Milieu Gefühle und politische Projekte zusammengedacht. In der Betroffenheitsberichterstattung der linksalternativen Medien vom Entfremdungsdiskurs bis zu den Selbsthilfegruppen entfaltete sich eine Betroffenheitsrhetorik und Erfahrungspolitik, die 1977 in der vom Combahee River Collective entworfenen Formel der „identity politics" mündete. Emotionale Einfühlung und die permanente Thematisierung der eigenen Gefühle sollte einen politischen Opferstatus manifestieren und einen Anspruch auf Anerkennung einfordern.[63] Trotz zuweilen bedenklicher Epistemologien zeigten diese Debatten aber auch die Ungleichverteilung von Machtpositionen auf. Historiker:innen sollten die Multiperspektivität, die Abschattierungen zwischen Tätern und Opfern, die Komplexität der Bewertungsmaximen als wichtige Grundsätze historischen Einordnens und Beurteilens ebenso berücksichtigen wie die strukturellen Machtverteilungen.

Zugleich nehmen die rechtspopulistischen und rechtsradikalen Inanspruchnahmen von Geschichte, insbesondere die Erfindung und Indienstnahme nationaler Traditionen, deutlich zu. Wieder einmal wird der Nationalsozialismus zu einem „Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte" (Alexander Gauland) verkleinert. Der AfD-Radikale Björn Höcke spricht von dem Berliner Holocaust Mahnmal sogar als einem „Denkmal der Schande" und geißelt den angeblichen Schuldkult der Deutschen. Ein Mitarbeiter Alexander Gaulands, Michael Klonovsky, phantasiert in seinem Blog von der „unbändigen Provokationslust der Polen" im Jahr 1939 und will damit die Schuld der Deutschen am Zweiten Weltkrieg relativieren. Fast überall auf der Welt kommt es zur Verklärung nationaler Identitäten, die als ebenso heroisch wie produktiv, als autoritär wohlgeordnet und harmonisch gezeichnet werden. Nationalgeschichte müsse „ethnisch gereinigt" vor einem als verderblich gekennzeichneten Zeitalter der Globalisierung dargestellt werden. Joël Glasman verweist in seinem Aufsatz zurecht auf den geschichtsrevisionistischen Aktivismus der AfD gegen postkoloniale Ansätze in der

63 Vgl. Sven Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014², passim, hier u. a. S. 99–318, 629–720, 782–872; Francis Fukuyama, Identity. Contemporary Identity Politics and the Struggle for Recognition, London 2018, bes. S. 3–24, 91–140, 163–184; Philipp Sarasin, 1977. Eine kurze Geschichte der Gegenwart, Berlin 2021, S. 169–250; Florian Hannig, Eine kurze Geschichte der Betroffenheit(skritik) in der Bundesrepublik, in: Merkur 75. 2021, H. 871, S. 28–37. Eher eine Quelle denn eine Analyse: Cora Stephan, Der Betroffenheitskult. Eine politische Sittengeschichte, Berlin 1993. Eine politische Kritik an Neiman formulierte jüngst Marina Martinez Mateo, Identität und Universalismus. Ein Beitrag zu einer Theorie politischer Bündnisse, in: Merkur 78. 2024, H. 905, S. 5–15. Statt „Betroffenheit" plädiert sie für den Begriff der Prekarität, der politische Bündnisse jenseits identitätsbezogener Fragmentierungen ermögliche.

Globalgeschichte. Statt dessen werden Mythen über nationale Freiheitskämpfe reaktiviert, die geschichtliche Größe der Nationen glorifiziert und ein vermeintlich vergangenes, ehemals autarkes, homogenes Volk beschworen: „Auf diese Weise versuchen die Wortführer*innen der Neuen Rechten glauben zu machen, der Moment der historischen Befreiung sei gekommen und das ‚wahre Virus' seien globaler Austausch und plurale Gesellschaften".[64] Diese strategische Umdeutung der Geschichte durch eine intellektualisierte „Neue Rechte" findet seit den 1970er Jahren in zahlreichen „Denkfabriken", eigenen Zeitschriften und an unterschiedlichen Treffpunkten und Instituten statt. Aufgrund der Erfolge rechtspopulistischer Parteien und ihrer Regierungsführung oder -teilnahme hat sie sich in zahlreichen Staaten in Europa, Lateinamerika, aber auch in Indien oder auf den Philippinen deutlich weiter institutionalisiert und auch jenseits rechtsradikaler Milieus verbreitet.[65]

64 Vgl. exemplarisch als treffende Analysen: Michael Blatter u. Valentin Groebner, Wilhelm Tell, Import – Export. Ein Held unterwegs, Baden 2016; Valentin Groebner, Wer redet von der Reinheit? Eine kleine Begriffsgeschichte, Wien 2019; Andreas Audretsch u. Claudia Gatzka (Hg.), Schleichend an die Macht. Wie die Neue Rechte Geschichte instrumentalisiert, um Deutungshoheit über unsere Zukunft zu erhalten, Bonn 2020 (Zitat S. 27/28). Die Selbstdarstellung von Klonovsky: https://www.klonovsky.de/.

65 Zum Rechtspopulismus ist die Literatur mittlerweile uferlos. Mit weiterführender Literatur in den dortigen Fußnoten siehe die aus meiner Sicht zusammenfassende Darstellung: Sven Reichardt, Geschichte und Gegenwart des Rechtspopulismus, in: Stefanie Coché u. Hedwig Richter (Hg.), Legitimierung staatlicher Herrschaft in Demokratie und Diktaturen. Festschrift für Ralph Jessen, Bonn 2020, S. 91–115. Zur „Neuen Rechten" klassisch: Margret Feit, Die „Neue Rechte" in der Bundesrepublik. Organisation. Ideologie. Strategie, Frankfurt a. M. 1989. Unter den jüngeren Titeln siehe etwa: Massimiliano Livi u. a. (Hg.), Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Frankfurt a. M. 2010; Andrea Mammone u. a. (Hg.), Mapping the Extreme Right in Contemporary Europe. From Local to Transnational, London 2012; Ralf Fücks u. Christoph Becker (Hg.), Das alte Denken der Neuen Rechten. Die langen Linien der antiliberalen Revolte, Frankfurt a.M. 2020; Vojin Saša Vukadinović (Hg.), Randgänge der Neuen Rechten. Philosophie, Minderheiten, Transnationalität, Bielefeld 2022; Wiebke Zimmermann, Der Klimaschutzdiskurs der „Neuen Rechten". Eine ideengeschichtliche Analyse des Periodikums. Die Kehre – Zeitschrift für Naturschutz, Wiesbaden 2022. Unter den laufenden, größeren Forschungsprojekten siehe: „Die radikale Rechte in Deutschland, 1945–2000" (Projektleitung: Prof. Dr. Frank Bösch vom ZZF Potsdam und Prof. Dr. Gideon Botsch vom MMZ Potsdam), https://projekt.radikale-rechte.de/ sowie das 2023 gegründete „Institut für Rechtsextremismusforschung (IRex)" an der Universität Tübingen: https://uni-tuebingen.de/fakultaeten/wirtschafts-und-sozialwissenschaftliche-fakultaet/faecher/fachbereich-sozialwissenschaften/rechtsextremismusforschung/ sowie das seit 2023 von der DFG geförderte Forschungsprojekt „Neurechte Literaturpolitik" an der Universität Stuttgart, https://www.srcts.uni-stuttgart.de/abteilungen/hermeneutik/neurechte-literaturpolitik/.

IV. Die Beiträge dieses Themenheftes

Unser Heft soll diese Debatten kommentierend aufgreifen und historisierend einordnen. *Geschichte und Gesellschaft* ist mit seiner Gründung im Jahr 1975 als politisch engagierte Fachzeitschrift bekannt, die unter der Leitung von Hans-Ulrich Wehler für die Programmatik einer politisch linksliberal ausgerichteten Sozialgeschichte stand.[66] So hieß es im ersten Heft von 1975 in der programmatischen Stellungnahme der sechzehn Herausgeber:innen:

> In Geschichte und Gesellschaft soll der Zusammenhang wissenschaftlicher Forschung mit der gesellschaftlichen Praxis Gegenstand beständiger Reflexion sein, und zwar sowohl weil die Geschichtswissenschaft durch gegenwärtige erkenntnisleitende Interessen wesentlich beeinflusst wird, als auch weil die Analyse historischer Prozesse und Entscheidungen direkt oder indirekt auf das gegenwärtige gesellschaftliche Bewusstsein und auf die Praxis zurückwirkte. Diesen doppelten Zusammenhang zwischen historischer Wissenschaft und aktueller Praxis im Auge zu behalten, ist schon ein Gebot theoretischer Klarheit.[67]

Mit dem Wechsel der Redaktion von Berlin nach Konstanz wollen wir nun – fünfzig Jahre nach der Gründung – reflektierend die Chancen und Grenzen der Politisierung unseres Faches überdenken und nach den gesellschaftlichen Aufgaben und methodischen Standards der Geschichtswissenschaft heute fragen. Wir haben zunächst in der eigenen Herausgeberschaft mit der Suche nach Beiträgen begonnen und danach mit auswärtigen Anfragen weiter aufgefüllt. Erwünscht waren keine längeren Forschungspapiere, sondern Statements zu denjenigen Themenfeldern der Geschichtswissenschaft, die kontroverse Deutungen herausfordern und ein hohes Politisierungspotential aufweisen.

Wir haben uns dabei auf drei große Themenfelder begrenzt und dabei jeweils zwei bis drei Perspektiven eingenommen, die die Spannbreite verdeutlichen und mögliche kontroverse Einschätzungen andeuten. Viele der Beitragenden zeigen sich aktivistischen Anregungen gegenüber offen und bekennen sich zu den Anregungspotentialen politischer Bewegungen und lebensweltlicher Positionalität. Gleichzeitig wird deutlich, dass der Unterschied zwischen Aktivismus und Wissenschaft auch ein kritisches Reflexionspotential zum gegenseitigen Nutzen enthält. Während unter Aktivist:innen die offene Abwägung unterschiedlicher politischer Positionen schnell zu Konflikten führen kann, erlaubt die wohlwollende Distanz den Wissenschaftler:innen die Funktion einer kritischen Reflektionsinstanz zu übernehmen. Wissenschaftler:innen sind eben nicht nur Unterstützer politischer Positionen. Sie suchen

66 Für eine Einordnung der Zeitschrift siehe Lutz Raphael, Anstelle eines „Editorials". Nationalzentrierte Sozialgeschichte in programmatischer Absicht: Die Zeitschrift „Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft" in den ersten 25 Jahren ihres Bestehens, in: GG 26. 2000, H. 1, S. 5–37.

67 Vorwort der Herausgeber, in: GG 1. 1975, H. 1, S. 5–7, hier S. 7.

Debatten und Austausch, ohne von vornherein die Ergebnisse ihrer intellektuellen Auseinandersetzungen zu kennen.

Die ersten drei Aufsätze von Peter Schöttler, Donald Bloxham und Achim Landwehr setzen auf einer übergeordneten Ebene an. Sie fragen grundsätzlicher nach dem Verhältnis von Wertbindung und Objektivitätssuche, nach der Beziehung von Nüchternheit und Engagement. Während Peter Schöttler für den Begriff des „engagierten Wissenschaftlers“[68] im Sinne von Marc Bloch plädiert und seine Überlegungen zur deutschen Historiografiegeschichte präsentiert, hält Bloxham stärker an den klassischen methodischen Standards des geschichtswissenschaftlichen Wissens fest, die auch im politischen Einsatz nicht unterschritten werden dürften. Dabei berücksichtigt er weniger die soziale Situiertheit wissenschaftlichen Wissens, welche die anderen Beiträge dieses Heftes durch das Interferieren von Wissens-, Politik- und Sozialordnungen stärker betonen. Achim Landwehr schließlich widmet sich den vielfältigen Debatten um den Präsentismus, die er aus geschichtstheoretischer Perspektive problematisiert und in ihren Ansprüchen relativiert.

In den nachfolgenden Aufsätzen zeigen sich Historiker:innen, die auf ihren Themenfeldern jeweils für eine eingreifende, eine engagierte Geschichtswissenschaft plädieren und zugleich für das notwendige Augenmaß in der Politisierung ihrer Forschungsergebnisse eintreten. Die Unhintergehbarkeit einer reflektierten Standortgebundenheit historischen Argumentierens zeigt sich schon in den beiden ersten Beiträgen zur Geschlechtergeschichte und *Queer History*. Während Ute Frevert aus autobiografischer Perspektive vor allem die Widerstände bei der Etablierung der Frauen- und Geschlechtergeschichte in Deutschland herausstellt, plädiert Benno Gammerl für eine *queer history*, die Differenz und Identität aufeinander bezieht.

Zur Geschichte des globalen Südens und postkolonialen Perspektiven sind drei Aufsätze versammelt. Die Politisierung der Globalgeschichte (und der kleineren Historiker:innengruppe um den Postkolonialismus) zeichnet Joël Glasman übergreifend nach und verdeutlicht dabei die Verflechtung von Wissenschaft, Medien und Politik in diesem Feld. Anhand eines konkreten Beispiels operieren die beiden anderen Texte. Nancy Rushohora widmet sich der tanzanischen Erinnerung an den Maji-Maji-Krieg von 1905 bis 1907, einer Erhebung verschiedener Bevölkerungsgruppen im Süden Deutsch-Ostafrikas gegen die deutsche Kolonialherrschaft, die in einer blutigen Auseinandersetzung mündete. Die Erinnerung an diesen Kolonialkrieg verbindet sie mit

68 Vgl. neben der französischen Diskussion (siehe den Aufsatz von Schöttler) auch die US-Debatten um die *public intellectuals:* Richard A. Posner, Public Intellectuals. A Study of Decline, with a New Preface and Epilogue, Cambridge, MA 2003; Amitai Etzioni (Hg.), Public Intellectuals. An Endangered Species?, Lanham 2006; Michael C. Desch, Public Intellectuals in the Global Arena. Professors or Pundits?, Indiana 2016; Jürgen Kocka, Historians and the Future. The Wittrock Lecture Book Series, Bd. 1., Uppsala 2020; Frank Bösch u. a. (Hg.), Public Historians. Zeithistorische Interventionen nach 1945, Göttingen 2021.

postkolonialen Perspektiven auf die Erinnerungspolitik und aktivistischen Überlegungen zu zivilgesellschaftlichen Erinnerungsformen. Stefan Rinke hingegen befasst sich mit Lateinamerika und der Geschichtspolitik beziehungsweise der Instrumentalisierung von Geschichte in Chile während der letzten fünfzig Jahre, vor allem jedoch seit 2019: eine Zeit der starken Proteste gegen soziale Ungleichheit in dessen Zuge staatliche Repressionen zunahmen und die Demokratie- und Diktaturphasen der chilenischen Geschichte gegenwärtig erneut umgewertet werden könnten.

Mit den politischen Kontroversen um die Umweltgeschichte endet unser Heft, wobei Simone Müller und Stephen Milder differenziert und mit unterschiedlicher Nuancierung die Notwendigkeit einer Ausrichtung der Umweltgeschichte auf die gegenwärtige Klimakrise diskutieren. Milder nimmt hierbei eine deutlich aktivistischere Position ein und unterstreicht die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Relevanz akademischer Arbeit, die er in Gefahr sieht, wenn sie sich nicht mit der Debatte um den Begriff des Anthopozäns auseinandersetzt. Die Relevanz gegenwärtig dramatischer Veränderungen ist vor dem Hintergrund der geschichtlichen Langzeitentwicklungen einzuordnen. Simone Müller verdeutlicht zunächst die aktivistischen Anfänge der Umweltgeschichte in den 1970er Jahren, um sodann aufzuzeigen, dass ein bloß erhobener Zeigefinger in der gegenwärtigen Anthopozän-Debatte konzeptionell keineswegs ausreicht.

In den letzten Monaten erleben wir im Zuge des Gaza-Krieges die (erneute) Inanspruchnahme des Holocaust für die Verurteilung gegenwärtiger Verbrechen und Massenmorde, die die Differenzierung zwischen verschiedenen Makroverbrechen analytisch nicht gerade schärft.[69] So wie in den 1970er Jahren die Entgrenzung und Politisierung des Faschismus-, Kapitalismus- und Imperialismusbegriffs der historischen Forschung eher geschadet hat,[70] so gilt es auch, jetzt den analytischen Kern des Postkolonialismus vor seiner politischen Entgrenzung oder agitatorischen Unkenntlichmachung zu retten. Es ist auch hier wieder höchste Zeit für eine wirklich nuancierte und differenzierte Genozidforschung, die sich konzeptionell und methodisch weiter entwickeln müsste.

Geschichte und Gesellschaft ist einer kritischen Geschichtswissenschaft verpflichtet. Dabei wird man heute weder direkt an die Großtheorien der 1970er Jahre noch an den gegenwärtigen Aktivismus anknüpfen können. Die Zeiten

69 Vgl. dazu Marie Muschalek u. Sven Reichardt, Ein Versuch, Dirk Moses vom Kopf auf die Füße zu stellen. Die NS-Geschichtsschreibung und globalgeschichtliche Ansätze in der Genozidforschung, in: Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 37. 2022, S. 130–153; Stephan Malinowski, Die Logik der Täter. Wie der Historiker A. Dirk Moses mit der Nebeneinanderstellung geschichtlicher Großverbrechen die postkoloniale Verdünnung und Umwertung der Holocausterinnerung betreibt, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung Nr. 14, 27. 8. 2023, S. 36.

70 Vgl. dazu Sven Reichardt, Neue Wege der vergleichenden Faschismusforschung, in: Mittelweg 36 16. 2007, H. 1, S. 9–25.

der metaphysischen Philosophie sind längst vorüber, ebenso wie die Geschichtswissenschaft nicht wieder in die Rolle einer Legitimationswissenschaft für politische Anliegen zurückfallen kann. Kritische Geschichtswissenschaft widmet sich in dieser Gemengelage stattdessen gesellschaftlichen Problemlagen und versteht sich als „emanzipatorische Wissenschaft",[71] die das historische Erklären und Verstehen zu einer kritischen Orientierung in der Gegenwart zusammenführt und damit mehr leistet, als eine traditionell positivistische oder szientistische Geisteswissenschaft. Weder ist aber politische Praxis nur als Anwendung einer Theorie zu verstehen noch muss die politische Praxis die Theorie inspirieren: „Theorie ist nicht der Ausdruck, die Übersetzung, die Anwendung einer Praxis", das Verhältnis ist – so verdeutlicht ein Gespräch zwischen Michel Foucault und Gilles Deleuze – „partieller und fragmentarischer", denn Theorie selbst ist eine Praxis, die politische Verhältnisse enthüllt und Wahrheiten aufdeckt.[72]

Prof. Dr. Sven Reichardt, Universität Konstanz, Universitätstr. 10, 78457 Konstanz
E-Mail: sven.reichardt@uni-konstanz.de

71 Vgl. klassisch: Max Horkheimer, Traditionelle und kritische Theorie [1937], Herausgegeben von Frieder Vogelmann, Stuttgart 2020. Für eine eingreifende Sozialwissenschaft grundlegend ist Pierre Bourdieu, Die Intellektuellen und die Macht, Hamburg 2022.

72 Michel Foucault, Die Intellektuellen und die Macht (Gespräch mit Gilles Deleuze), in: ders., Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits. Band II: 1970–1975, Frankfurt a. M. 2002, S. 382–393, hier S. 382. Vgl. jetzt zu den kolonialen Wurzeln des französischen Poststrukturalismus: George Steinmetz, The Colonial Origins of Modern Social Thought. French Sociology and the Overseas Empire, Princeton 2023; Onur Erdur, Schule des Südens. Die kolonialen Wurzeln der französischen Theorie, Berlin 2024.